



November 2025

CENTRAL MEDITERRANEAN INFO

ANKÜNFTE

Im November 2025 erreichten laut Zählungen von [borderline-europe](#) 4.633 Menschen Italien auf dem Seeweg. Der Großteil der Menschen auf der Flucht (4.168) kamen auf Sizilien - vor allem Lampedusa - an. Insgesamt kann [borderline-europe](#) für 1.826 der Ankünfte nachweisen, dass die Boote in Libyen abgelegt haben, die Zahl liegt aber mit großer Wahrscheinlichkeit höher. Die italienischen Behörden retteten nach unseren Zählungen rund 1.424 der Angekommenen. 876 Personen wurden von NGO-Schiffen aus Seenot gerettet und in einen sicheren Hafen gebracht. Gemäß den Daten von [borderline-europe](#) war Frontex an der Rettung von 229 Personen beteiligt. 202 Geflüchtete erreichten autonom die italienischen Küstengewässer (12 Seemeilen vor der Küste), ohne vorher abgefangen oder gerettet zu werden. Diese Zahlen sind ohne Gewähr, da die Dunkelziffer weitaus höher liegen dürfte.

Laut den offiziellen Zahlen des italienischen Innenministeriums sind im November 4.314 Menschen in Italien angekommen. Wir konnten in diesem Monat etwas höhere Ankunftsahlen als das Innenministerium belegen, doch möchten wir anmerken, dass es keinen Zugang zu den Hintergründen bzw. Quellen der Zahlen des Innenministeriums gibt. Der Trend steigender Ankünfte [unbegleiteter minderjähriger Migrant*innen](#) lässt sich auch im November weiterhin beobachten.

WEGE NACH EUROPA

Update zur Lage in Libyen

Seit dem Sturz Muammar al-Gaddafis im Jahr 2011 ist Libyen politisch zersplittert. Mit den Parlamentswahlen 2014 wurde das Land faktisch in zwei Gebiete mit konkurrierenden Autoritäten gespalten: Die Hauptakteure sind der international anerkannte, in Tripolis ansässige [High State Council \(HSC\)](#), der weite Teile (Nord-)Westlibyens kontrolliert, und das in Tobruk sitzende [House of Representatives \(HoR\)](#), das von der Libyan National Army (LNA) von Khalifa Haftar unterstützt wird. Doch in beiden Teilen des Landes gibt es systematische Menschenrechtsverletzungen, vor allem gegenüber Menschen auf der Flucht. So gab es im November Luftangriffe vom westlibyschen Verteidigungsministeriums auf den Hafen von [Zuwara](#). Während die westliche libysche Regierung rund um Tripolis diese seit sechs Monaten laufende Operation als Einsatz gegen „[Menschen- und Schmuggelnetzwerke](#)“ darstellt und betont, dass dabei keine Menschen zu Schaden kommen, wurden laut einer anderen Quelle Zivilist*innen auf zwei Fischerbooten [verletzt](#). Es handelt sich also eine weitere Eskalation von Gewalt unter dem Vorwand, Migration einzudämmen.

Neben Beschüssen aus der Luft werden außerdem immer wieder Boote in [Westlibyen](#) schon vor einer möglichen Abfahrt zerstört. Auch aus [Ostlibyen](#) wurde im November vermehrt über Abfangaktionen gegen Migrant*innen berichtet. Die vorliegenden Informationen stammen überwiegend von X-Accounts, die die Maßnahmen als erfolgreich und effektiv darstellen. Der von uns beobachtete Trend bezüglich dieser Incerceptions auf dem Land muss daher weiter beobachtet und überprüft werden.

Tunesien: Auch die Lage in Tunesien verschärft sich weiter

Für viele Migrant*innen aus subsaharischen Ländern hat sich die Situation in Tunesien im November weiter zugespitzt. Menschenrechtsorganisationen berichten seit Monaten von systematischer Gewalt, Massenverhaftungen, Kettenabschiebungen und Inhaftierungen unter menschenunwürdigen Bedingungen. Laut mehreren Recherchen, darunter ein [aktueller Bericht von Amnesty International](#), hat sich Tunesien für viele Schutzsuchende inzwischen zu einem gleich gefährlichen Ort entwickelt als Libyen. Vor allem Menschen, die in der Region Sfax oder entlang der Küste auf eine Weiterreise nach Europa hoffen, sind besonders gefährdet.

Die Geschichte des 23-jährigen [Ibrahim aus Guinea](#) verdeutlicht die zunehmend ausweglose Lage. Er versucht seit Jahren, Europa zu erreichen, zunächst über Libyen, mittlerweile über Tunesien. Ende September wurde das Boot, mit dem er und 48 weitere Menschen nach Italien aufgebrochen sind, von tunesischen Sicherheitskräften auf See abgefangen. Die Gruppe wurde nach Sfax gebracht; ihre Hände wurden gefesselt, anschließend wurden sie gewaltsam an die libysche Grenze deportiert. Ibrahim berichtet, dass viele von ihnen erneut Misshandlungen ausgesetzt waren. Seine Erzählung lässt die zunehmende Brutalität des tunesischen Vorgehens erkennen:

“In Tunisia, you are locked up with criminals. In Libya, to get out of prison, you have to pay a ransom. In Tunisia, you can't do anything. You stay locked in prison for months and months.” ([Ibrahim, infomigrant](#))

Die im November veröffentlichten Recherchen von Amnesty International sowie Analysen zivilgesellschaftlicher Gruppen wie [Melting Pot Europe](#) zeichnen ein konsistentes Bild eines staatlichen Systems der Gewalt: Migrant*innen werden willkürlich verhaftet, geschlagen, beraubt und inhaftiert; viele werden in Wüstengebieten nahe der libyschen oder algerischen Grenze ausgesetzt, ohne Wasser, Nahrung oder Orientierung. Gleichzeitig werden informelle Unterkünfte, medizinische Versorgungsstellen und selbstorganisierte Lager immer wieder zerstört, ein Vorgehen, das bereits seit 2023 dokumentiert und durch europäische Gelder an tunesische Sicherheitskräfte indirekt gestützt wird.

Für viele Schutzsuchende ist damit nicht mehr nur das zentrale Mittelmeer eine tödliche Grenze, sondern die Gefahren der Flucht werden immer weiter ausgeweitet und Tunesien, ein Transit aber auch ein Herkunftsland, wird zu einer Sackgasse.

PUSH – UND PULLBACKS

Diesen Monat haben wir 3.178 Interceptions (Pullbacks oder Zurückweisungen auf See) auf dem zentralen Mittelmeer erfasst, bei denen Boote mit Geflüchteten an die nordafrikanische Küste zurückgedrängt oder -gezogen wurden. Davon wurden 2.992 Menschen nach Libyen und 123 Menschen nach Tunesien zurückgeschleppt. Außerdem erfassten wir 15 Pullbacks nach Algerien. Es gilt jedoch auch hier zu betonen, dass diese Zählungen von Push- und Pullbacks nicht alle Fälle erfassen können. Die Dunkelziffer liegt weitaus höher.

Während die erfassten Interceptions im Vergleich zum Oktober 2025 (3.831) insgesamt etwas gesunken sind, haben sich allerdings die berichteten Fälle über Interceptions nach Tunesien, von 65 auf 123, beinahe verdoppelt. Seit September werden deutlich mehr Interceptions beobachtet als in den Monaten davor und insbesondere durchschnittlich deutlich mehr als in den Jahren zuvor. [Während IOM 2023 17.190 Personen und 2024 21.764 Personen zählte](#), die vom Mittelmeer zurück nach Libyen gebracht wurden, wurden 2025 bis Ende November schon mindestens [25.334](#) Menschen auf dem Mittelmeer abgefangen und nach Libyen gebracht.

Wie ein [Schiffsbruch am 18. November](#) vor der libyschen Küste verdeutlicht, sieht die sogenannte Libysche Küstenwache ihren Auftrag darin, Menschen daran zu hindern, Libyen zu entfliehen und nicht darin Menschen in Seenot zu retten. Nachdem Alarm Phone einen Notruf aus dem Schlauboot erhielt, erreichte die Organisation eine Weile lang keine Behörden. Zum Zeitpunkt des Notrufs verlor das Boot bereits Luft und Menschen befanden sich im Wasser. Die sogenannte Libysche Küstenwache erklärte dann allerdings, dass sie im Moment keine Kapazitäten hätten, um nach den Menschen zu suchen. Währenddessen wurde das Boot in Seenot von einem Frontex-Flugzeug entdeckt. Als die sogenannte Libysche Küstenwache Stunden nach dem Notruf eintraf, fand sie somit nur 7 Überlebende und brachte diese zurück nach Libyen. Weitere Informationen über ihre Situation und Verfassung sind nicht bekannt, ebenso wenig wie über das Schicksal der 63 vermissten Menschen.

Da das Vorgehen der Tunesischen Küstenwache und Behörden seltener dokumentiert wird, fallen diesen Monat besonders zwei Fälle auf, die von Alarm Phone gemeldet wurden. Beide Boote wurden am 03. November 2025 von der Tunesischen Küstenwache abgefangen, waren allerdings von Libyen aus losgefahren. Ein Boot mit 64 Personen wurde in der Früh aufgehalten. Angehörige berichteten, dass die Personen, die intercepted worden sind, geschlagen und dann in Tunesien inhaftiert wurden.

[Eine weitere Gruppe](#) von 56 Menschen wurde von der Tunesischen Küstenwache abgefangen, von dieser wieder nach Libyen gebracht und dort inhaftiert.

[Erst im September](#) berichteten wir von einem ähnlichen Fall, in welchem über 50 Menschen von der Tunesischen Küstenwache abgefangen wurden, anschließend an Libysche Milizen verkauft und ebenfalls in Libyen inhaftiert wurden.

Diese Fälle verdeutlichen nicht nur das gewaltsame Handeln der tunesischen und libyschen Behörden, sondern auch die Zusammenarbeit dieser. Diese Zusammenarbeit ist alarmierend, denn die Behörden beider Länder gefährden systematisch und bewusst die Sicherheit und Leben von Menschen auf Flucht. Tunesien und Libyen sind keine sicheren Staaten. Die restriktive Europäische Migrationspolitik nutzt die Regierungen dieser Länder gezielt, um Menschen von der Flucht nach Europa abzuhalten und bezahlt sie für derartige massive Menschenrechtsverletzungen.

TOTE & VERMISSTE

Im zentralen Mittelmeer stieg die Anzahl der Toten, Vermissten und Personen, deren Schicksal unklar ist ("fate unknown") im November 2025 im Vergleich zum Oktober deutlich an. Laut Daten von [borderline-europe](#) verloren in diesem Monat 76 Personen ihr Leben auf der Flucht über das zentrale Mittelmeer, 161 Menschen gelten als vermisst, und bei 157 weiteren Personen ist das Schicksal bislang ungeklärt. Auch hier ist die Dunkelziffer immer viel höher.

Am [16. November](#) kam es vor der libyschen Küste zu einem schweren Schiffbruch, bei dem vier Menschen aus Bangladesch ums Leben kamen. Überlebende berichteten, dass das Boot bereits kurz nach dem Ablegen in Seenot geraten sei. Lokale Medien meldeten zunächst widersprüchliche Zahlen, doch mittlerweile gilt der Tod der vier Personen als bestätigt.

Zwei weitere gravierende Vorfälle ereigneten sich ebenfalls vor der Küste Libyens: [42 Menschen](#) werden nach einem Schiffbruch vermisst und sind vermutlich tot. Das Boot war von Libyen gestartet und kenterte nach kurzer Zeit. Trotz Suchmaßnahmen konnten keine Überlebenden gefunden werden. Die endgültigen Zahlen müssen jedoch noch überprüft werden.

Wie unter dem Punkt „Push- und Pullbacks“ beschrieben, bleiben außerdem [63 Menschen](#) nach dem Schiffsbruch vor der libyschen Küste vermisst. Sie haben aller Wahrscheinlichkeit nach nicht überlebt. Die Verantwortung dafür trägt die sogenannte Libysche Küstenwache, welche die Suche und Rettung der Menschen um Stunden verzögerte.

Besondere Aufmerksamkeit erregte zudem der Rettungseinsatz des zivilen Rettungsschiffs [Louise Michel](#). Die Crew hatte berichtet, dass sich ursprünglich etwa 70 Menschen in Seenot befanden und dringend Hilfe benötigten. Während 50 Personen später gerettet und nach Porto Empedocle gebracht wurden, waren wohl noch mehr Personen in Seenot und rund 70 weitere Menschen gelten als vermisst und waren bisher unauffindbar. Trotz zahlreicher Nachfragen konnte bislang nicht geklärt werden, was mit diesen Menschen geschah. Ihr Schicksal bleibt, wie so häufig im zentralen Mittelmeer, völlig unklar.

ZIVILER WIDERSTAND

Nach [borderline-europe](#) Zählungen wurden im November 18,9 % aller Angekommenen von Seenotrettungs NGOs gerettet. Dementsprechend wurden in diesem Monat 876 Menschen von zehn Schiffen der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer gerettet: Humanity I – 1 Rettung, Mediterranea – 3 Rettungen, Nadir– 3 Rettungen, Louise Michel – 1 Rettung, Aurora – 1 Rettung, Sea Punk I – 1 Rettung, Trotamar III – 2 Rettungen, Sea Eye 5 – 1 Rettung, Open Arms I – 1 Rettung, Oyvon - 2 Rettungen.

Im Vergleich zum Vormonat sind damit fünf Schiffe mehr im Einsatz gewesen. Das Rettungsschiff Mediterranea von der NGO Mediterranea Saving Humans führte am 02. November sogar eine Mehrfachrettung von drei Gruppen innerhalb weniger Stunden durch. Von den insgesamt 96 Geretteten waren 31 Personen unbegleitete Minderjährige.

Kriminalisierung und Gefährdung der Seenotrettung

Im Kontext der Kriminalisierung der Seenotrettung wurde erneut ein Rettungsschiff festgesetzt. Nachdem, wie bereits im letzten [Central Mediterranean Report](#) berichtet, die Blockade des Rettungsschiffes der NGO Mediterranea Saving Humans gerichtlich aufgehoben worden war und das Schiff am [29. Oktober](#) wieder auslaufen konnte, wurde es nun ein weiteres Mal gestoppt.

Grund hierfür war das Anlaufen eines nicht zugewiesenen Hafens am 04. November. Nach drei separaten Rettungen mit insgesamt 92 Menschen an Bord hatte das Innenministerium der Mediterranea den weit entfernten Hafen von Livorno als Ausschiffungshafen zugewiesen. Das Schiff steuerte stattdessen jedoch [Porto Empedocle](#) an, wo schließlich alle 92 Menschen, darunter auch 31 unbegleitete Minderjährige, an Land gehen konnten. Nach Einschätzung verschiedener medizinischer Fachkräfte war dieses Vorgehen notwendig, da die Geretteten nicht in der Verfassung gewesen wären, eine weitere dreitägige Seereise zu [überstehen](#). Einige von ihnen benötigten dringend [ärztliche Hilfe](#). Zudem hatten zwei Staatsanwaltschaften gefordert, dass die Geretteten an Bord in Porto Empedocle an Land gebracht werden [dürfen](#). Trotz der ärztlich festgestellten Vulnerabilität der geretteten Menschen und der Einschätzung der Staatsanwaltschaften wurde das Schiff für das Ansteuern des nächstgelegenen Hafens erneut festgesetzt und mit einer [60-tägigen Verwaltungs-Haft sowie einer Geldstrafe von 10.000 Euro](#) vor dem Hintergrund des Piantadosi Gesetzes belegt.

In der Nacht vom 2. November wurde die zivilgesellschaftliche Rettungsorganisation *Mediterranea* in internationalen Gewässern von vier Schnellbooten unbekannter libyscher Milizen bedrängt. Laut einem Bericht der Zeitung [Domani](#), deren Journalist*innen sich an Bord befanden, näherten sich die Boote ohne eingeschaltete Navigationslichter und mit verummten Männern an Bord. Die Milizen führten riskante Manöver in unmittelbarer Nähe des NGO Schiffes durch und schüchterten die Crew durch ihr aggressives Vorgehen ein. Der Vorfall reiht sich in eine Serie zunehmender und extrem gefährlicher Einschüchterungsversuche gegen zivile Seenotretter*innen im zentralen Mittelmeer seitens der so genannten libyschen Küstenwache ein. Dokumentierte Vorfälle aus diesem und dem vergangenen Jahr können gesammelt im neuen [Mediterranea Report](#) nachverfolgt werden.

Die Justice Fleet und Widerstand der zivilen Seenotrettung

Trotz solcher Ereignisse setzt sich das Engagement vieler Organisationen, Leben auf dem Mittelmeer zu retten, weiterhin fort. So ist Ärzte ohne Grenzen (MSF) mit ihrem neuen Schiff [Oyvon](#) für erneute Rettungsmissionen einsatzbereit, nachdem die Crew des Schiffes im November bereits [zwei Rettungen](#) durchgeführt hat. Laut Angaben von MSF ist ihr kleines und schnelleres Schiff Oyvon eine gezielte Antwort auf die restriktive Politik der italienischen Regierung. Denn ihr vorheriges Schiff wurde oft gezwungen nur wenige Gerettete über weite Strecken zu den zugewiesenen Häfen zu bringen, obwohl es für große Personenzahlen ausgestattet ist. Deshalb hatte MSF seine Arbeit auf dem Mittelmeer [für ungefähr ein Jahr eingestellt](#).

[Nur einen Tag](#) nach dem erneuten Festsetzen der *Mediterranea* verkündeten zudem 13 Seenotrettungsorganisationen ihren Zusammenschluss in der [Allianz Justice Fleet](#) ([CompassCollective](#) - [Louise Michel](#) - [Mediterranea Saving Humans](#) - [Mission Lifeline](#) - [Pilotes Volontaires](#) - [RESQSHIP](#) - [r42-Sail And Rescue](#) - [Salvamento Marítimo Humanitario](#) - [Sea-Eye](#) - [SEA PUNKS](#) - [Sea-Watch](#) - [SOS Humanity](#) - [Tutti gli Occhi sul Mediterraneo](#)). Ihr Ziel ist es solidarische Netzwerke mit in Libyen Gefangenen zu stärken und öffentlichen und politischen Druck zu erhöhen, um gegen die Kriminalisierung von Seenotrettung zu kämpfen und die Finanzierung und Legitimierung von massiven Menschenrechtsverletzungen in Libyen durch die EU zu stoppen. [Im Sinne des zivilen Widerstands](#) haben alle Schiffe der Justice Fleet jede operative Kommunikation mit der sogenannten Libyschen Küstenwache gestoppt. Sie teilen ihre Positionsdaten nicht mehr mit den libyschen Behörden und nehmen keine Anweisungen mehr von ihnen entgegen. Die Allianz betont, dass die Gruppierungen der sogenannten Libyschen Küstenwache keine rechtmäßige Rettungsbehörde sind, sondern Teil eines gewalttätigen Regimes sind und von der EU finanziert werden. Libyen ist zudem kein sicherer Ort. Da sie zunehmend politischen Druck von der EU und Italien erfahren haben, mit libyschen Behörden zu kommunizieren, beenden sie jegliche operative Kommunikation mit der sogenannten Libyschen Küstenwache. Die Allianz fordert stattdessen die Einhaltung geltenden Seerechts, das zum Retten von Menschen in Seenot verpflichtet und die Ausschiffung an einem sicheren Ort verlangt. Ein Interview zur Justice Fleet mit Sea Watch könnt ihr in unserem Podcast ["Mittelmeer, was geht?"](#) hören.



Kontakt:

Sitz Palermo
borderline-europe
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de/>
italia@borderline-europe.de